

Mit der „Zivilklausel“ an der Universität setzt sich (unter anderem) die Friedensforschung auseinander – wir berichteten wiederholt, zuletzt durch ein Interview mit Honorarprofessor Wolfgang Ischinger.

## Direkter Austausch

Warum „Menschen, die den Studiengang Friedensforschung ergreifen, per Definition keine Kriegstreiber“ sein oder werden können, entzieht sich meinem Verständnis, insbesondere wenn dieselben wenige Sätze zuvor davon ausgehen, dass sie später „in verschiedensten Bereichen Führungspositionen übernehmen, wobei erwartet wird, dass sie Verantwortung tragen, Entscheidungen treffen und sich behaupten können“. Hier wird doch offensichtlich eher eine Politiker- oder Diplomatenkarriere angestrebt, als eine Tätigkeit im Bereich der Friedensforschung oder Friedensarbeit.

(...) Die auch von anderen Studierenden in ihren Leserbriefen vorgebrachte Begründung, mit der die Lehrtätigkeit – damit jedoch im Grunde nicht die Honorarprofessur – Ischingers begrüßt wird, lautet „nur, weil es uns lieber wäre, wenn eben diese Welt friedlich und waffenfrei wäre, heißt das nicht, dass wir uns der Realität verschließen können ... wie könnten diese Argumente besser geformt, probiert und auch vertreten werden, als in einem Universitätsseminar“, zehn Tage später, fast gleichlautend: „Wie könnten diese besser geformt und zu vertreten gelernt werden, als in einem Seminar, das den direkten Austausch mit einem Fürsprecher der ungeliebten Positionen ermöglicht?“. (...) Die „Friedensforschung“ war einst der Suche nach seinen Ursachen verpflichtet. Der unter diesem verstaubten Namen daher kommende Studiengang sollte vielleicht in Master „International Crisis Management“ umbenannt werden. Wäre das nicht ehrlicher?

Christoph Marischka,  
Informationsstelle Militarisierung,  
Tübingen, Hechinger Straße 203

# Leserbriefe

15. Oktober 2011

## Vermischung

In dem Artikel (...) wird unterschlagen, dass sich Thomas Nielebock im Senat selbst vehement für die Aufnahme der Zivilklausel in die Grund-

ordnung der Universität ausgesprochen hat. Ein weiteres Problem ist die Vermischung der Begriffe „Wissenschaft“ bzw. Politikwissenschaft auf der einen und des von ihr untersuchte Gegenstandes, die Politik, auf der anderen Seite. Konflikte, insbesondere militärische, haben einen großen Einfluss auf das Weltgeschehen und auf nationale wie internationale Politik. Somit sind sie eindeutig Gegenstand der Politikwissenschaft. Die kategorische Ablehnung einer akademischen Auseinandersetzung mit Themen wie Krieg, Aufrüstung und Sicherheitspolitik widerspricht deswegen den Grundsätzen einer aufgeklärten Wissenschaft.

Es steht außer Frage, dass Themen dieser Art wissenschaftlich und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden können und müssen. Ihr Interview mit Wolfgang Ischinger ist dafür ein gelungenes Beispiel. Ebenso steht aber außer Frage, dass Institutionen wie die Nato eine Berechtigung in der politikwissenschaftlichen Debatte haben. Wer darauf verzichtet, sich mit Vertretern und Experten von Institutionen wie der Nato im akademischen Rahmen kritisch auseinanderzusetzen, geht an der (wissenschaftlichen) Realität vorbei.

Christian Saathoff,  
für die Studentische Fachschaft  
Institut für Politikwissenschaft,  
Tübingen, Melanchthonstraße 36



## Olivgrün

(...) Wer das TAGBLATT-Interview im Kontext mit der Auseinandersetzung um die Zivilklausel „Lehre, Forschung und Studium für friedliche Zwecke“ gründlich liest, kann jetzt besser verstehen, warum Wolfgang Ischinger als Honorarprofessor bestellt worden ist. Er ist der Spiritus Rector für die Orwellsche Auslegung der Zivilklausel als olivgrüne „Friedens“-Klausel. Diese soll in der Ringvorlesungsreihe (Titelvorschlag „Krieg ist Frieden“) populär gemacht werden. (...) Empört euch! Informiert euch über die Alternativen zur Militarisierung im landesweiten Zivilklausel-Kongress am 28./29. Oktober in Tübingen. Der ver.di-Bundeskongress hat kürzlich Zivilklauseln für alle Hochschulen gefordert und unterstützt alle Uni-Angehörigen, die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken.

Dietrich Schulze, Karlsruhe,  
Winterstraße 27

## Re-Feudalisierung

Prof. Martin Beck nennt Wolfgang Ischinger einen „renommierten Demokraten“. Tatsächlich sind die diversen Funktionen und Positionen Ischingers, sind Vorsitz, Mitgliedschaft und Teilnahme an sogenannten privat organisierten Treffen wie der Nato-Sicherheitskonferenz, der Atlantik-Brücke, der Trilateralen Kommission oder den Bilderberg-Konferenzen, bei denen „zwischen die Welt der Wirtschaft und die Welt der Politik kein Blatt mehr passt“, Ausdruck von Privatisierung der Macht und „Re-Feudalisierung“. Das heißt, dass neben den offiziellen, demokratischen Strukturen die inoffiziellen Strukturen zunehmend wieder an Gewicht gewinnen. Und diese Eliten, diese selbst ernannten Eliten, die oben sitzen, die schotten sich zunehmend ab“ (Rudolf Stumberger). (...) Obwohl die großen Medienkonzerne vertreten sind, tritt das Besprochene nicht an die Öffentlichkeit. Schon dieser Fakt (...) zeigt, dass er keineswegs „demokratische“ Ziele verfolgt, sondern im Interesse einer Minorität – der herrschenden Klasse – handelt.

Matthias Rude, Tübingen,  
Waldhäuser Straße 40

## Beschönigung

Zwei Studentinnen der Universität im Fach Friedensforschung und Internationale Politik verteidigen in einem Leserbrief die „Freiheit der Lehre“, so wie sie sie verstehen. Dies im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Zivilklausel, die die Universität verpflichtet, nur für friedliche Zwecke zu forschen und zu lehren. Meiner Ansicht nach übersehen die beiden Studentinnen zweierlei.

Die Ringvorlesung „Zum Frieden verpflichtet: Chancen und Herausforderung der Tübinger Zivilklausel“ ist nicht universitätsinterne Lehre, sondern auch für die Bevölkerung offen. Dass Herr Ischinger Honorarprofessor wurde, ist das Hauptergebnis und bekannte Vorgeschichte. (...) Dass solche Referenten, die eindeutig für militärische Politik sprechen, als Lehrende an der Universität willkommen sind, ist nicht Sinn der Zivilklausel. Da bedarf es keiner akademischen Beschönigung mehr. Und es geht über den Rahmen der studentischen Ausbildung hinaus und stellt die gesellschaftliche Frage: Was geht es uns Bürgerinnen an, wenn Militär und dessen Protagonisten in Schulen und Universitäten für kriegerische Politik sprechen, das heißt werben dürfen?

Die beiden Studentinnen meinen, es handle sich bei der Anwesenheit von Ischinger (...) um die Gelegenheit eines Austauschs von Argumenten mit einem „Fürsprecher der ungeliebten Position“ in der Seminarsituation. Wer tauscht was? Es geht wohl nur ums Zuhörendürfen. Von Studenten der Politologie und deren Lehrkörper erwarte ich, dass sie nicht auf diesen O-Ton angewiesen sind. Wissenschaftliches Arbeiten geht auch anders, an Lehrstoff fehlt es wahrlich nicht! (...)

Walburg Werner,  
Tübingen, Schwabstraße 12/1